

Es sollten Win-Win-Situationen geschaffen werden, um die derzeitige Blockade zu überwinden. – Und nun kommt der entscheidende Satz: "Dazu gehört die Anerkennung der Sicherheitsinteressen beider Seiten. Mit Rücksicht darauf sollte in Fragen der künftigen Mitgliedschaften in NATO, EU und CSTO [Anm.: das von Russland geführte internationale Militärbündnis "Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit"] für die Dauer der Konferenz ein Freeze vereinbart werden."

4. Die *marxistische linke* begrüßt die vom russischen Außenministerium vorgelegten Vertragsentwürfe für gegenseitige Sicherheitsgarantien zwischen Russland und der NATO sowie zwischen Russland und den USA als ersten Schritt zu einer Deeskalation.

Positiv im Vertragsentwurf ist die Verpflichtung der russischen Regierung, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Gefahr des Ausbruchs eines Atomkrieges zu verhindern. Das russische Angebot zur Beseitigung der Stationierung von landgestützten Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen in Gebieten, von denen aus sie Ziele im Hoheitsgebiet anderer Parteien angreifen können, sollte zusätzlich den Abzug der Iskander-Raketen aus Kaliningrad einschließen.

Bundesregierung muss deeskalieren

Eine der zentralen außenpolitischen Herausforderungen der neuen Bundesregierung ist, alles zu tun, um die zugespitzte Konfliktlage in Osteuropa zu deeskalieren, die aktuelle Situation zu entschärfen und einen Freiraum zu schaffen, in dem Kontakte wieder geknüpft und, wenn es positiv laufen sollte, das Vertrauen Schritt für Schritt rekonstruiert werden könnte. Am Ende könnte eine neue europäische Sicherheitsstruktur stehen, die das zentrale Prinzip der Charta von Paris, mit der 1990 eine neue Sicherheitsarchitektur Europas unter Einschluss Russlands entworfen wurde, wieder aufnimmt: "Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der aller anderen verbunden. Wir verpflichten uns daher, bei der Festigung von Vertrauen und Sicherheit untereinander sowie bei der Förderung der Rüstungskontrolle und Abrüstung zusammenzuarbeiten."

Hierbei kann auf bereits früher existierende Strukturen zurückgegriffen werden, wie sie unter dem Dach der ehemaligen KSZE (heute OSZE) vorgenommen wurden. Eine kooperative Zusammenarbeit der Staaten wurde bereits 1975 mit der Erklärung von Helsinki beschlossen. Danach begann ein Prozess des weiteren Auslotens eines friedlichen Miteinanders, mindestens jedoch Nebeneinanders verschiedener Staaten. Dieser Vertrag wurde von 35 Staaten Europas unterzeichnet. Es wurden 10 Prinzipien genannt, die die Beziehungen regeln sollen. Der Verzicht auf Androhung von Gewalt, die Unverletzlichkeit der Grenzen, die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, die Achtung der Menschenrechte, die Selbstbestimmung und Gleichberechtigung der Länder und ihrer Bevölkerungen sind einige wichtige Punkte daraus.

Die *marxistische linke* fordert von der Bundesregierung, dass sie sich von diesen Prinzipien leiten lässt und auf internationaler Ebene aktiv wird, um die Helsinki-Beschlüsse von 1975 zu aktualisieren und umzusetzen.

Am Ende könnte die Auflösung der NATO und deren Ersatz durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands und eventuell Chinas stehen.

Die Welt kann sich keine weitere Vergeudung gesellschaftlicher Ressourcen für Rüstung leisten. Deshalb unterstützt die *marxistische linke* den Vorschlag von 60 Nobelpreisträger*innen und Präsident*innen nationaler Wissenschaftsakademien, die ein globales Abkommen über eine Reduzierung der Militärausgaben um 2 % pro Jahr für fünf Jahre fordern. Die Hälfte des so eingesparten Geldes solle dann in einen globalen Fonds fließen, den die Vereinten Nationen verwalten. Mit dem Fonds können dann "gravierende Menschheitsprobleme", wie Armut, Pandemien oder die Folgen des Klimawandels bekämpft werden. Die andere Hälfte der Gelder können die Staaten selbst verwalten und für nichtmilitärische Zwecke nutzen.

Die gemeinsamen Kräfte müssen global gebündelt werden, um die gegenwärtigen Bedrohungen, wie die Klimakrise, militärische Konflikte, Pandemien oder wachsende soziale Unterschiede, zu bekämpfen. Der NATO, der Russischen Föderation, der VR China, der EU und der OSZE sowie vor allem der UNO kommen hier die entscheidenden Aufgabenstellungen in Zusammenarbeit aller Staaten und transnationalen Regionen zu, um einen dritten Weltkrieg zu vermeiden und auch den nächsten Generationen einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen.

marxistische linke - ökologisch, emanzipatorisch, feministisch, integrativ
Partnerorganisation der Partei der Europäischen Linken

Beschluss des Vorstandes, 10. Januar 2022

www.kommunisten.de

v.i.S.d.P.: Leo Mayer, 85551 Kirchheim, Nelkenweg 8, E.i.S.

Die Ukraine ist heutzutage nicht nur das Epizentrum eines neuen Kalten Krieges, sondern auch einer der drei gefährlichsten Punkte auf der Erde, zusammen mit dem Iran und Taiwan, wo ein großer Krieg bis hin zu einem Atomkrieg entfacht werden könnte.



Raus aus der Eskalationsspirale! Sicherheit geht nur gemeinsam! Stopp der NATO-Osterweiterung! Abrüstung in Ost und West!

marxistische linke zum Ukraine-Konflikt

Die besondere und sehr gefährliche Form der heutigen 'Ukraine-Krise' ist das Ergebnis des im Jahr 2014 in Kiew inszenierten prowestlichen Putsches, der vor dem Hintergrund der Debatte um ein Assoziierungsabkommen mit der EU stattfand und den damaligen gewählten Präsidenten Janukowitsch zur Flucht zwang, sowie der Ost-Ausdehnung der Nato.

Obwohl der damaligen Sowjetunion im Jahr 1990 versprochen wurde, die NATO werde sich nicht nach Osten ausdehnen, lud die NATO schon kurze Zeit später Länder des ehemaligen Warschauer Paktes zu Beitrittsgesprächen ein und rückte Schritt für Schritt nach Osten an die Grenzen Russlands vor.

NATO geht nach Osten

Auf dem NATO-Gipfel in Madrid 1997 wurde Polen, Ungarn und Tschechien ein NATO-Beitritt angeboten und mit der Ukraine eine NATO-Ukraine-Charta über eine "besondere Partnerschaft" vereinbart. Im März 1999, zeitgleich mit dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien, traten Polen, Tschechien und Ungarn der NATO bei.

Auf dem NATO-Gipfeltreffen im November 2002 in Prag lud die NATO Bulgarien, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen zu Beitrittsgesprächen ein. Am 29. März 2004 wurden diese sieben Staaten NATO-Mitglieder.

Bereits 2007 bezeichnete Russlands Präsident Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz die Erweiterung der NATO als eine Gefährdung der russischen Sicherheitslage und eine "ernste Provokation". Dessen ungeachtet dehnte sich die NATO weiter nach Osten aus.

Albanien und Kroatien erhielten beim NATO-Gipfeltreffen im April 2008 in Bukarest eine Einladung zu Beitrittsgesprächen, ihr Beitritt am 1. April 2009 vollzogen.

In der Abschlusserklärung des NATO-Gipfels im April 2008 wurde der folgende Satz eingefügt (Absatz 23): "Die NATO begrüßt die euro-atlantischen Beitrittsbestrebungen der Ukraine und Georgiens. Wir haben heute vereinbart, dass diese beiden Länder der NATO beitreten werden". Russland reagierte scharf auf dieses beabsichtigte Überschreiten einer "roten Linie". Als der georgische Präsident Saakaschwili Anfang August 2008 die abtrünnige Provinz Südossetien mit Gewalt zurückzuerobern will und georgische Einheiten die südossetische Hauptstadt Zchinwali angreifen, eilen russische Einheiten zu Hilfe und wehren den Angriff ab. Russland erkennt Südossetien als unabhängigen Staat an.

Die NATO-Ausdehnung ging weiter. 2017 wurde Montenegro als 29. Mitglied in die NATO aufgenommen. Im Juli 2018 lud die NATO Mazedonien offiziell zu Beitrittsgesprächen ein, der Beitritt wurde im März 2020 durch Nordmazedonien vollzogen.

Der NATO-Gipfel im September 2014 in Wales stellte vor dem Hintergrund der Russland-Ukraine-Krise die militärische Zusammenarbeit mit Russland ein, beschloss den Ausbau der Eingreiftruppen für die schnelle Truppenverlagerung nach Osteuropa und die Ausdehnung der Präsenz des Militärbündnisses in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten.

Die Ukraine auf dem geopolitischen Schachbrett

Die Ukraine spielte für die NATO von Beginn an eine herausgehobene Rolle. "Das Verhältnis der Ukraine zu Europa wird zum Wendepunkt für Russland", schrieb der US-amerikanische Geostratege und langjährige Nationale Sicherheitsberater von US-Regierungen Zbigniew Brzezinski bereits im Jahr 1997 in seinem Buch "Grand Chessboard: American Primacy And Its Geostrategic Imperatives" (deutsche Ausgabe: "Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft"). Demzufolge müsse die Ukraine aus dem russischen